

Nepal Observer

An internet journal irregularly published by Nepal Research
Issue 36, September 19, 2016

ISSN 2626-2924

12 Monate neue Verfassung und 17 Monate nach dem Erdbeben

Beitrag zur NGO-Tagung der Deutsch-Nepalischen Gesellschaft, Köln, 24. September 2016

von Karl-Heinz Krämer

Anfang August 2016 war es mal wieder so weit. Nach nur gut neun Monaten war die von Khadga Prasad Sharma Oli (CPN-UML) geführte Regierung auch schon wieder am Ende. Dabei ist eine so kurze Lebensdauer der Regierung für Nepal gar nicht so ungewöhnlich. Allein in den letzten acht Jahren hat Nepal acht Regierungen kommen und gehen gesehen. In den 65 Jahren seit der ersten vorsichtigen Einführung demokratischer Ideen zu Beginn der 1950er Jahre waren es 46. Dabei machte es keinen Unterschied, ob das Land von einer autokratischen Monarchie oder von politischen Parteien regiert wurde.

Eigentlich haben die Politiker und ihre Parteien große Aufgaben zu bewältigen, die ihren ganzen Einsatz fordern. Stand jahrelang die Ausarbeitung einer neuen Verfassung im Vordergrund, müssten sich die Politiker heute um die Beseitigung der zahlreichen Ausgrenzungen und Ungleichheiten der neuen Verfassung und ihre anschließende Implementierung bemühen. Dabei gilt es vor allem, auch die seit rund einem Jahr protestierenden Gesellschaftsgruppen zu befriedigen und konstitutionell und auch praktisch in den Staat einzubeziehen.

Die schweren Erdbeben des vorigen Jahres und ihre Folgen haben weitere Herausforderungen auf die Politiker übertragen. Die von den Beben betroffenen Menschen benötigen seit rund 17 Monaten kompromisslose und unbürokratische Hilfe. Zahlreiche zerstörte und beschädigte Kulturgüter bedürfen eines raschen und fachgerechten Wiederaufbaus, um die internationale Anerkennung des Kulturerbes nicht zu verlieren und den Tourismus wieder anzukurbeln.

Zum zweiten Mal ist der Monsun über das von den Erdbeben heimgesuchte Land hinweggezogen. Die Auswirkungen sind diesmal noch gravierender als in früheren Jahren, weil bisher kaum etwas unternommen wurde, um die Schäden der Beben zu beheben. Dies gilt selbst für die Restaurierung wichtiger Verbindungsstraßen, wie die von Indien unterstützte Wirtschaftsblockade des letzten Herbsts und Winters deutlich gemacht hat. Die Erdbebenopfer des Vorjahres, die größtenteils noch immer in Notbehausungen und unter Zeltplanen leben, sind erneut besonders stark betroffen und warten einmal mehr auf Hilfe, meist vergeblich.

Aber das alles scheint die führenden Politiker kaum zu interessieren. Für sie geht es in erster Linie um politische Macht und Funktionen, die ihnen den Zugriff auf die Pfründe des Staates erschließen. Auch das ist nicht neu, es stand schon seit Beginn des „demokratischen“ Nepal Anfang der 1990er Jahre stets im Vordergrund.

Die Oli-Regierung: Als K.P. Oli im Oktober 2015 Premierminister wurde, hatten die führenden Politiker der drei großen Parteien gerade die neue Verfassung durchgeboxt, zum Teil in krassem Widerspruch zu den Regelungen der Übergangsverfassung und früheren Vereinbarungen zwischen den Parteien. Als nach den Wahlen zur zweiten Verfassungsgebenden Versammlung eine große Koalition von Nepali

Congress (NC) und CPN-UML gebildet wurde, hatte man vereinbart, dass zunächst Sushil Koirala vom NC die Regierung führen sollte. Nach der Verabschiedung der Verfassung sollte dann das Regierungszepter in die Hände der CPN-UML wandern. Schon eine solche Vereinbarung, wie sie jetzt in ähnlicher Weise auch für die neue Regierung getroffen wurde, ist ein absoluter Schwachsinn, demokratisch fragwürdig, behindert jede Art rationaler Politik und dient allein der Befriedigung der Machtansprüche selbsterklärter politischer Führer. Eine besondere Kompetenz für das Amt konnten bzw. können weder der inzwischen verstorbene Sushil Koirala noch der extrem konservative K.P. Oli nachweisen, auch nicht die beiden austauschbaren Führer der neuen Regierung, Pushpa Kamal Dahal und Sher Bahadur Deuba, aber das galt auch schon für die meisten ihrer Amtsvorgänger.

Nepal ist eines der ärmsten Länder der Erde. Ständige Regierungswechsel sind mit großen Kosten verbunden und erschweren die Kontinuität von Wirtschafts- und Entwicklungsplanung. Oli ging sogar noch so weit, dass er einige Ministerien aufspaltete, um neue Ressorts zu schaffen und so noch mehr seiner Parteigenossen und Politiker anderer an der Regierung beteiligter Parteien machtpolitisch befriedigen zu können.

Ich möchte anhand einiger wichtiger Aufgaben das Versagen der Oli-Regierung deutlich machen. Nach der Verabschiedung der neuen Verfassung, wie auch immer man diese bewerten mag, wäre es die wichtigste Aufgabe der Regierung gewesen, dafür zu sorgen, dass zahlreiche Gesetzesänderungen initiiert wurden, welche benötigt wurden, um die neue Verfassung auch tatsächlich Realität werden zu lassen.

Föderaler Staat: Allem voran wäre es notwendig gewesen, die Gestaltung des föderalen Staates voranzutreiben, die entgegen aller Vorgaben der Übergangsverfassung zunächst ausgeklammert wurde. Ohne eine klare Strukturierung der föderalen Provinzen sowie der Aufgaben- und Finanzverteilung innerhalb des föderalen Systems ist vieles, was in der neuen Verfassung vorgegeben wird, reine Makulatur, ein Wunschgebilde. Ohne Erfüllung dieser Aufgabe ist Nepal kein föderaler Staat; er nennt sich nur so.

Daneben muss auch noch die lokale Ebene neu organisiert werden; sie basiert im Prinzip noch immer auf dem, was König Mahendra zu Beginn der 1960er Jahre in seinem parteilosen System vorgegeben hat. Lokale Wahlen hat es zuletzt 1997 gegeben. Sie sind dringend notwendig, aber sie machen kaum Sinn, solange die zukünftigen provinziellen und lokalen Strukturen nicht klar vorgegeben sind. Die Wahlkommission kann sie ohne entsprechende gesetzliche Regelungen überhaupt nicht organisieren.

In Bezug auf die föderale Gliederung ist man unter der Oli-Regierung keinen Schritt vorangekommen. Die Differenzen zwischen den Parteien, die die neue Verfassung jahrelang hinausgezögert haben, bestehen fort. Gesellschaftliche und regionale Gruppen, die sich erneut ausgegrenzt fühlen, protestieren zu Recht und verlangen zuvor eine entsprechende Überarbeitung der föderalen Pläne. Andere Kräfte, wie die monarchistische, antisäkulare und antiföderalistische RPP-Nepal von Kamal Thapa, immerhin einer der sechs (!) stellvertretenden Premierminister der Oli-Regierung, versuchen, die Gunst der Stunde zu nutzen und Werbung für eine Rückkehr zu Monarchie und hindurechtlich basiertem Zentralstaat zu machen. Oli selbst gab gegen Ende seiner Amtszeit zu, dass er sich von der Aufgabe der Einführung eines föderalen Staates völlig überfordert fühlte.

Etwas mehr Bewegung hat es in Bezug auf die Neustrukturierung der lokalen Ebene gegeben. Die eingesetzte Local Level Restructuring Commission (LLRC) hat Mitte Juli 2016 eine drastische Reduzierung der lokalen Einheiten von derzeit 3.374 auf 565 vorgeschlagen. Kritiker erklären, dass eine derartige Umstrukturierung der lokalen Ebene keinen Sinn mache, solange die föderalen Teilstaaten und ihre Grenzen noch nicht festlägen. In jedem Fall wird auch die lokale Umstrukturierung lange Diskussionen und Auseinandersetzungen zur Folge haben. Sie finden bereits seit Wochen innerhalb der Parteien und zwischen denselben, aber insbesondere auch auf der betroffenen lokalen Ebene statt. Je mehr durchsickert, wie die Vorstellungen der Umstrukturierung in der Praxis aussehen sollen, desto größer werden die Proteste. Einmal mehr ruft diese Planung die

ohnehin unzufriedenen und protestierenden Parteien und Gruppen im Tarai auf den Plan, die sich erneut von der zentralen Elite der großen Parteien hintergangen fühlen.

Katastrophenbewältigung: Eine zweite Schwerpunktaufgabe der Oli-Regierung war die Bewältigung der Folgen der heftigen Erdbeben. Die Vorgängerregierung unter Sushil Koirala hatte diesbezüglich völlig versagt. Trotz großer internationalen Hilfezusagen von über vier Milliarden Dollar mussten die Menschen in den am stärksten betroffenen Gebirgsdistrikten den Monsun 2015 unter Plastikplanen verbringen. Aber auch die Oli-Regierung bewegte zunächst kaum etwas. Es dauerte bis zum Dezember 2015, ehe eine National Reconstruction Authority (NRA) eingesetzt wurde, welche die Hilfeleistungen an die betroffenen Menschen regeln soll. Hintergrund für die monatelange Verzögerung war Streit über die parteipolitische Besetzung dieser Behörde. Dies sagt eigentlich schon alles.

Bis heute arbeitet die NRA noch immer nicht so, wie sie sollte. Man gewinnt den Eindruck, dass es in erster Linie darum geht, zu kontrollieren, dass nur ja niemand etwas von den internationalen Hilfsgeldern für den Wiederaufbau der zerstörten Häuser erhält, der nicht bezugsberechtigt ist. Unkomplizierte, da dringend notwendige Hilfe sieht anders aus. Gleichzeitig hat man die Zahl der Distrikte, in denen die Betroffenen jetzt zunächst eine erste Geldzuwendung in Höhe von umgerechnet 50.000 Rupien (415 Euro) erhalten sollen, auf elf reduziert. (Nur zum Vergleich: Die Parlamentsabgeordneten fordern im Augenblick, dass ihre monatlichen Gehälter und Zuwendungen von 56.228 auf 88.925 Rupien angehoben werden.) Von mehreren anderen Distrikten, in denen es ebenfalls große Schäden und Zerstörungen gab, spricht heute kein Mensch mehr. Auch dort hatten die Behörden in den ersten Wochen nach den Beben Zertifikate zu den Schäden an den Häusern ausgestellt. Aber selbst die Höchstsumme, welche die Leute in drei Raten für einen erdbebensicheren Wiederaufbau unbewohnbarer Häuser erhalten sollen (200.000 Rupien, 1.660 Euro), reicht für die Menschen, die zum Teil alles verloren haben, bei weitem nicht, um den Neubau eines Hauses auch nur in die Wege zu leiten. Überlegungen der nepalischen Regierung, von den vereinbarten Auszahlungen in Form von drei Raten abzurücken, um den betroffenen Familien ein größeres Startkapital zu verschaffen, fanden seitens der Geberländer keine Zustimmung. Mit 50.000 Rupien kann man sich in Nepal vielleicht ein mittelklassiges Mobiltelefon anschaffen, wie jüngste Meldungen zur Zweckentfremdung der Hilfsgelder belegen, aber niemals den Wiederaufbau eines Hauses beginnen.

Wenig anders als mit den Privathäusern verhält es sich mit dem Wiederaufbau oder der Restaurierung von beim Erdbeben zerstörten Kulturdenkmälern. Was bisher geschehen ist, geht überwiegend auf Privatinitiativen zurück. Die UNESCO, welche große Geldbeträge für den Wiederaufbau der Kulturstätten zur Verfügung stellt, hat dem nepalischen Staat Ende Juli 2016 eine Frist von einem Jahr gesetzt, um den vereinbarten Wiederaufbau abzuschließen. Schließlich geht es vielfach um die fortgesetzte Anerkennung als Weltkulturerbe, was direkte Auswirkungen auf den für Nepal so wichtigen Tourismus hat.

Da wenig in Bezug auf die Behebung der Erdbebenschäden getan wurde, mussten die meisten der betroffenen Menschen auch den Monsun 2016 in Notunterkünften verbringen. Die Umweltschäden vergrößern sich derweil immer mehr. Teilweise kommt es auch zur Ausbreitung von Krankheiten, insbesondere unter Kindern. Aber sowohl die erneut von Überschwemmungen und Erdbeben geschädigten Erdbebenopfer als auch jene, die ganz einfach von den alljährlichen Folgen des Monsuns betroffen wurden, warten oft wochenlang auf staatliche Hilfe.

Gerechtigkeit: Eine dritte wichtige Aufgabe der Oli-Regierung war es, den Opfern der Konflikte der Vergangenheit (maoistischer Aufstand, Gegenreaktionen des Staates, königlicher Putsch) Gerechtigkeit zukommen zu lassen. Hierzu wurden 2015 zwei Kommissionen ins Leben gerufen, die TRC (Truth and Reconciliation Commission) und die CIEDP (Commission of Investigation on Enforced Disappeared Persons). Beide Kommissionen und insbesondere das ihnen zugrundeliegende TRC-Gesetz, werden sowohl von den Opfern und ihren Angehörigen als auch von nationalen und internationalen Rechts- und Menschenrechtsorganisationen heftig kritisiert, da einer Aussöhnung Vorrang vor Gerechtigkeit für die Opfer eingeräumt werden soll. Beide Kommissionen haben

inzwischen die Sammlung von Klagen abschlossen, nachdem die Abgabefrist mehrfach verlängert werden musste. Die TRC hat bis Mitte Juli 52.545 Klagefälle registriert, über die innerhalb von nur sieben Monaten entschieden werden soll. Die CIEDP sammelte bis Mitte September 2.746 Fälle verschwundener Personen, mehr als 1.200 mehr als die Regierung bisher angegeben hatte. Beide Kommissionen beklagen sich über Mangel an Personal und Mitteln. Alle großen Parteien und natürlich auch die Sicherheitskräfte haben weiterhin wenig Interesse an einem Aufrollen der Verbrechen der Vergangenheit.

Neue Regierung: Dies sind nur einige der bedeutendsten Bereiche, die zeigen, dass die Oli-Regierung auf der ganzen Linie versagt hat. Man könnte noch viele andere nennen. Es dürfte daher nur wenige geben, die dieser Regierung Tränen nachgeweiht haben. Das Problem ist nur: Was kommt danach? Alle führenden Politiker der drei großen Parteien haben sich in der Vergangenheit als Premierminister versucht und sind mehr oder weniger gnadenlos gescheitert. Andere haben sich disqualifiziert, weil sie den Staats- und Verfassungsgebungsprozess in völlig irrationaler Weise für fast neun Monate blockiert haben, wie Ram Chandra Poudel (NC), oder sie sind in der Vergangenheit wegen Korruption rechtskräftig verurteilt worden, wie Khum Bahadur Khadka (NC).

Wie schon eingangs erwähnt, geht es den führenden Politikern in erster Linie um den persönlichen Machtzugriff und die Befriedigung ihrer jeweiligen Parteiklientel, auf die sie zur Sicherung ihrer Macht angewiesen sind. Nach seiner Übernahme der Parteiführung, möchte beispielsweise Sher Bahadur Deuba (NC) gerne mal wieder Premierminister werden. Er ist ja in der Vergangenheit als solcher erst dreimal kläglich gescheitert und hat das Land dabei in große Krisen gestürzt (1996 Beginn des maoistischen Aufstands, 2001 Ausnahmezustand und Mobilisierung der Armee, 2002 Auflösung von Parlament und lokalen Institutionen, 2005 königlicher Putsch). Da Deuba nur über eine Kooperation mit der CPN-MC (CPN – Maoist Centre), wie sich die Kernpartei der Maoisten nach einer Wiedervereinigung mit diversen Splittergruppen seit einigen Wochen nennt, möglich ist und Pushpa Kamal Dahal ohnehin schon seit langem sein Interesse an einer erneuten Regierungsleitung bekundet hat, müssen halt Umwege gegangen werden. Deuba respektiert, dass zunächst Dahal das Amt des Regierungschefs übernimmt, obgleich dessen Partei gerade einmal über 80 Sitze im Parlament verfügt. Nach neun Monaten soll dann Dahal die Leitung der Regierung an Deuba übergeben. Alle Gescheiterten müssen halt mal wieder drankommen.

Ein besonderes Problem ist, dass sowohl Dahal als auch Deuba vor der CIEDP Verbrechen beschuldigt wurden. Es widerspricht jedem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, wenn Personen, die eines Verbrechens beschuldigt werden, führende Staatsämter übernehmen, solange die Vorwürfe nicht von einem ordentlichen Gericht geklärt wurden. Zwar bestreitet Dahal in der Öffentlichkeit, dass er gegen eine Strafverfolgung bezüglich Delikten aus der Zeit des maoistischen Aufstands ist, doch sprechen alle seine internen Äußerungen eine andere Sprache. Für Deuba gilt, dass er in der Zeit des Aufstands mehrfach Premierminister war und in dieser Zeit die Ausschreitungen der Sicherheitskräfte zumindest geduldet und gedeckt hat; selbst offensichtliche Straftaten der Sicherheitskräfte wurden damals und bis heute nicht verfolgt. Jedenfalls befürchten die Opfer jener Straftaten bzw. ihre Angehörigen, dass die neue Regierung kein sonderliches Interesse an einer Strafverfolgung haben wird.

Einmal mehr behauptet der neue Preminister Dahal nun, dass alles besser werden soll und die zahlreichen Fehler der Oli-Regierung vermieden werden sollen, Worte, wie sie eigentlich im Zusammenhang mit jeder neuen Regierungsbildung fallen. Anders als unter Oli soll die Koalition aus Madheshi- und Janajati Parteien diesmal an der Regierung beteiligt und auf ihre Forderungen eingegangen werden. Zwar ist nun die Rede von einer Überarbeitung der Verfassung zur Befriedigung ihrer Interessen, aber die diesbezüglichen Aussagen sind wenig konkret. Entsprechend zögerlich und abwartend reagiert das Madheshi-Janajati-Bündnis.

Überhaupt lassen die ersten Entwicklungen keinen großen Unterschied zu früheren Regierungen erkennen. Eine Woche nach der Wahl Pushpa Kamal Dahals zum Premierminister verhedderte sich die Regierung weiterhin im üblichen Gerangel um Posten. Am 5. August ernannte Dahal fünf Minister, vier

Tage später kamen drei weitere hinzu. Am 14. August kamen fünf weitere Minister und vier Staatsminister (alle von der CPN-MC) hinzu. Erst am 25. August benannte der NC nach den üblichen parteiinternen Machtkämpfen die weiteren 13 ihm zustehenden Minister.

Die heutige Regierung umfasst somit bisher 27 Minister und vier Staatsminister. Weitere vier Ressorts liegen zur Zeit noch bei Premierminister Dahal, sieben Staatsminister wurden seitens des NC noch nicht benannt. Laut neuer Verfassung darf das gesamte Kabinett nur 25 Personen umfassen, aber das interessiert Nepals Regierung grundsätzlich nicht. Die vorherige Oli-Regierung hatte in ähnlicher Weise 29 Minister, 10 Staatsminister und zwei Assistenzminister. Unter den 27 Ministern der jetzigen Regierung findet sich nur eine Frau, auch dies ein klarer Verfassungsverstoß. 70 Prozent der Minister sind männliche Tagadharis (Bahuns und Chhetris), nur zum Vergleich: männliche Tagadharis machen etwa 15 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Von den übrigen Ministern sind vier Janajatis, 3 Madheshis und ein Dalit. So viel zum Verständnis der von der Verfassung vorgeschriebenen Inklusion bei der Vergabe von Staatsämtern. Offensichtlich ist man sich im Kreis der Parteiführer durchaus dieses Ungleichgewichts bewusst und hat daher versucht, die Posten der weniger wichtigen Staatsminister an traditionell ausgegrenzte Gruppen zu vergeben: Von den bisher vier Staatsministern sind zwei Frauen; ethnisch handelt es sich um zwei Janajati, einen Madheshi und eine Dalit. In Bezug auf die Zahl stellvertretender Premierminister begnügt sich die neue Regierung mit deren zwei, Bimalendra Nidhi (NC) und Krishna Bahadur Mahara (CPN-MC). Die Oli-Regierung hatte noch unglaubliche 6 stellvertretende Premierminister gehabt.

Ein weiterer negativer Aspekt ist die Beteiligung der Rastriya Prajatantra Party (RPP) aus deren Reihen zwei Minister benannt wurden. Die RPP tritt nach Jahren einer etwas demokratischeren Haltung wieder für eine Rückkehr zu Monarchie und Hindustaat ein und lehnt Republik, Säkularismus und Föderalismus ab. Mit anderen Worten, diese Partei ist klar verfassungswidrig. Oli hatte die noch etwas radikalere rechtspopulistische Partei RPP-Nepal von Kamal Thapa an seiner Regierung beteiligt, Thapa selbst zu einem seiner Stellvertreter erkoren und ihn absurderweise mit dem Dialog mit den pro-föderalistischen ethnischen und regionalen Parteien beauftragt. Die Regierungsbeteiligung der RPP hatte zur Folge, dass die für den 9. August 2016 geplante Wiedervereinigung von RPP und RPP-Nepal zunächst einmal gescheitert ist. Das rechte Lager bleibt also weiterhin gespalten.

Ach ja, im Mai 2017 soll das alles wieder von vorne losgehen, wenn Sher Bahadur Deuba Dahal als Premierminister ablöst und vermutlich auch die meisten Ministerien wieder umbesetzt werden...

Perspektiven und Chancen: Die neue Regierung konnte nur mit den Stimmen der Madheshi- und Janajati-Parteien an die Macht kommen. Hierin liegt eine gewisse Hoffnung, dass die Regierung sich ernsthafter mit den Anliegen und Forderungen dieser Parteien beschäftigt als die vorige Regierung. Die jüngste Kritik des vorherigen Premierministers Oli an diesem Ansinnen macht deutlich, dass er nie wirklich daran gedacht hat, auf die protestierenden Parteien zuzugehen.

Wirkliches Interesse an einer grundlegenden Verfassungsänderung aber scheinen auch die beiden großen Regierungsparteien nicht zu haben. Letztlich ist die neue Verfassung von den Spitzenpolitikern aller drei großen Parteien so durchgesetzt worden, wie sie ist. Inklusion ist nicht gewünscht. Es mag beispielsweise nun ein paar Frauen in führenden Funktionen in Politik und Justiz geben, aber das sind Ausnahmen. Schon 2006 beschloss das wiedereingesetzte Parlament, dass Frauen fortan mindestens ein Drittel aller neu zu besetzenden Ämter und Funktionen bekleiden sollten. Dies wurde auch in die neue Verfassung übernommen. Die Wirklichkeit aber sieht völlig anders aus, wie das aktuelle Kabinett belegt. Alle in der Verfassung enthaltenen unpräzisen Vorschriften zu einer inklusiven politischen Gestaltung interessieren die machthabenden Politiker überhaupt nicht.

Ähnlich sieht es mit dem Wiederaufbau aus. Premierminister Dahal und seine Regierung tun sich eher mit populistischen Parolen denn mit raschem und wirksamem Handeln hervor. So hieß es, die Erdbebenopfer, die ihre Häuser verloren haben, sollten 300.000 anstatt der geplanten 200.000 Rupien erhalten. Zusammen mit den 200.000 Rupien zinsgünstiger Darlehen wären das Beträge, für die

überhaupt keine Geldmittel zur Verfügung stünden. Schon die Beschränkung der kriechenden Maßnahmen auf nur 11 Distrikte ist unverantwortlich. Die Menschen aus den anderen Distrikten, die alles verloren haben, stehen ebenfalls vor dem Nichts, egal wie viele Fälle auf den Distrikt fallen.

Die Politiker mögen in diesen Tagen das einjährige Jubiläum der neuen Verfassung zelebrieren, aber eigentlich gibt es nicht viel zu feiern. Die Umsetzung der Verfassung kommt nicht voran. Die illegitim ausgegrenzten Bereiche, wie der Föderalismus, werden nicht weiter ausgearbeitet. Die ausgegrenzten Gruppen bleiben ausgegrenzt. Die herrschende Elite sitzt unangefochten an den Schalthebeln von Macht und Privilegien. Der stets kritische Journalist C.K. Lal sieht auch die Tage dieser Verfassung als gezählt an und verweist darauf, dass Nepal im Schnitt alle 10 Jahre eine neue Verfassung erhält...

Neuer Ministerrat unter Premierminister Pushpa Kamal Dahal (CPN-MC)¹

Nr.	Name	Ressort	Partei / Fraktion	Wahlbezirk	Ethnizität	Jg.	Geschlecht
1	Pushpa Kamal Dahal	Prime Minister; Water Supply and Sanitation; Livestock Development; Women, Children and Social Welfare Development; Science and Technology	CPN (Maoist Centre)	Siraha-5	Tagadhari (Bahun)	1954	M
2	Bimalendra Nidhi	Deputy Prime Minister, Home Affairs	Nepali Congress (Deuba faction)	Dhanusha-3	Madheshi	1956	M
3	Krishna Bahadur Mahara	Deputy Prime Minister, Finance	CPN (Maoist Centre)	Rolpa-1	Tagadhari (Chhetri)	1958	M
4	Arjun Narasingh KC	Urban Development	Nepali Congress (Deuba faction)	Nuwakot-1	Tagadhari (Chhetri)	1947	M
5	Ramesh Lekhak	Physical Infrastructure and Transport	Nepali Congress (Deuba faction)	Kanchanpur-4	Tagadhari (Bahun)	1963	M
6	Janardan Sharma	Energy	CPN (Maoist Centre)	Rukum-2	Tagadhari (Bahun)	1962	M
7	Prakash Sharan Mahat	Foreign Affairs	Nepali Congress (Deuba faction)	Nuwakot-2	Tagadhari (Chhetri)	1951	M
8	Bal Krishna Khand	Defence	Nepali Congress (Deuba faction)	Rupandehi-3	Tagadhari (Chhetri)	1960	M
9	Deepak Bohara	Supplies	Rastriya Prajatantra Party	Rupandehi-2	Tagadhari (Chhetri)	1951	M
10	Surya Man Gurung	Labour and Employment	Nepali Congress (Deuba faction)	Taplejung (PR)	Janajati (Gurung)	1942	M
11	Gauri Shankar Chaudhari	Agriculture	CPN (Maoist Centre)	Kailali-4	Janajati (Tharu)	1951	M
12	Daljit BK Shripaili	Youth and Sports	CPN (Maoist Centre)	Rukum (PR)	Dalit	1970	M
13	Bikram Pandey	Land Reform and Management	Rastriya Prajatantra Party	Chitwan-5	Tagadhari (Bahun)	1958	M
14	Jaydev Joshi	Population and Environment	CPN (United)	Kanchanpur (PR)	Tagadhari (Bahun)	1957	M
15	Hitraj Panday	Local Development	CPN (Maoist Centre)	Gorkha-2	Tagadhari (Bahun)	1954	M
16	Ram Karki (= Surendra Kumar Karki)	Information and Communication	CPN (Maoist Centre)	Kathmandu (PR)	Tagadhari (Chhetri)	1960	M
17	Dhaniram Paudel	Education	CPN (Maoist Centre)	Chitwan (PR)	Tagadhari (Bahun)	1967	M
18	Ajaya Shankar Nayak	Law, Justice and Parliamentary Affairs	CPN (Maoist Centre)	Siraha (PR)	Madheshi	1977	M
19	Keshab Kumar Budhathoki	General Administration	Nepali Congress (Deuba faction)	Jhapa-5	Tagadhari (Chhetri)	1944	M
20	Romi Gauchan Thakali	Commerce	Nepali Congress (Paudel faction)	Mustang	Janajati (Thakali)	1970	M
21	Sita Devi Yadav	Peace and Reconstruction	Nepali Congress (Paudel faction)	Siraha-3	Madheshi	1966	W
22	Jeevan Bahadur Shahi	Culture, Tourism and Civil Aviation	Nepali Congress (Deuba faction)	Humla	Tagadhari (Chhetri)	1964	M
23	Deepak Giri	Irrigation	Nepali Congress (Paudel faction)	Dang-5	Tagadhari (Chhetri)	1961	M
24	Nabindra Raj Joshi	Industry	Nepali Congress (Paudel faction)	Kathmandu-8	Tagadhari (Bahun)	1964	M
25	Shankar Bhandari	Forest and Soil Conservation	Nepali Congress (Deuba faction)	Tanahun-1	Tagadhari (Chhetri)	1969	M
26	Gagan Kumar Thapa	Health	Nepali Congress (Sitaula faction)	Kathmandu-4	Tagadhari (Chhetri)	1976	M
27	Hridaya Ram Thani	Cooperatives and Poverty Alleviation	Nepali Congress (Paudel faction)	Surkhet-2	Janajati (Thami)	1959	M

1 Quelle: Nepal Research; die dortige Ministerliste wird kontinuierlich aktualisiert: <http://nepalresearch.org/politics/background/ministers.htm>